

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten



INITIATIVE
GEGEN ▼ MIL
ITÄRFORSCH
UNG ▼ ANUNI
VERSITÄTEN

Reiner Braun Hr.Braun@gmx.net
Dietrich Schulze Dietrich.Schulze@gmx.de
<http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>
<http://www.stattweb.de/zivilklausel.html>

20.01.17	HU Berlin: 5mal Neues Deutschland über Andrej Holm (pdf) 20.01. Uni-Institut bleibt aus Solidarität mit Holm besetzt 19.01. Studenten fordern Weiterbeschäftigung von Andrej Holm 19.01. LINKE muss für Holm sorgen 18.01. Holm will gegen Kündigung der HU Berlin klagen 18.01. Es wird zurück getreten!
----------	---

[pdf](#) URL <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20170120ah.pdf>

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1039101.universitaets-institut-bleibt-aus-solidaritaet-mit-holm-besetzt.html>

Von Johanna Treblin
20.01.2017

Universitäts-Institut bleibt aus Solidarität mit Holm besetzt

Studierende wollen protestieren und Räume besetzen, bis die Kündigung des Wissenschaftlers zurückgenommen wird



Studenten besetzen Räumlichkeiten der Berliner Humboldt Universität. Foto: dpa/Paul Zinken

Rund 100 Studierenden besetzten am Donnerstag weiterhin das Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität (HU). Damit protestieren sie gegen die Entlassung des Wissenschaftlers Andrej Holm, die die Präsidentin der Hochschule Sabine Kunst am Mittwoch öffentlich bekanntgegeben hatte. Die Studierenden wollen die Besetzung aufrechterhalten, bis ihre Forderung erfüllt ist, die Entlassung Holms rückgängig zu machen. Die Präsidentin wirft Holm vor, die Universität über seine Stasi-Vergangenheit arglistig getäuscht zu haben.

Laut dem Geschäftsführenden Direktor des Instituts Johannes Giesecke sind lediglich vier Räume durch die Studierenden besetzt. Dadurch fielen etwa 16 Lehrveranstaltungen am Donnerstag aus. Für Freitag will Giesecke Ausweichorte organisieren. »Wir müssen für die Studierenden, die nicht hinter der Besetzung stehen, zusehen, dass Lehre stattfindet.«

Die Besetzung sei »eine Form der Artikulation politischer Interessen, die hier an der Universität nicht unbekannt ist«, sagt Giesecke. Ihre Forderung, die Entlassung rückgängig zu machen, kann seiner Ansicht nach allerdings nicht mehr rückgängig gemacht werden. »Ich glaube, der Zug ist abgefahren.« Persönlich tue ihm die Entscheidung leid. »Aus personalrechtlicher Sicht stehe ich aber hinter der Entscheidung.«

Mit der ordentlichen Kündigung würde das Arbeitsverhältnis zwischen der HU und Holm am 30. Juni fristgerecht enden. Ob er vorher noch einmal an die Universität zurückkehrt, ist unwahrscheinlich. Mit Beginn seiner Tätigkeit als Wohn-Staatssekretär im Dezember hatte er sich für zunächst zwei Jahre von der Hochschule beurlauben lassen. Nach seiner Benennung geriet er wegen seiner Beschäftigung für das Ministerium für Staatssicherheit in der Wendezeit in die Kritik. Holm trat am Montag von dem Posten zurück.

Der HU-Personalrat hat nun zwei Wochen Zeit für eine Stellungnahme zur Entscheidung von Präsidentin Kunst. Personalratsvorsitzender Rainer Hansel erklärte, das Gremium sei derzeit mit dem Vorgang befasst und werde auch Holm ein Gespräch anbieten. An das Votum des Personalrats ist die Präsidentin nicht gebunden.

Holm will gegen die Entlassung klagen. Arbeitsrechtlern zufolge hat er Chancen, vor Gericht recht zu bekommen. Vor allem, weil er noch Jugendlicher war, als er sich für die Stasi verpflichtete und als 18-Jähriger den Dienst antrat.

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1038974.studenten-fordern-weiterbeschaeftigung-von-andrej-holm.html>

Von Johanna Treblin
19.01.2017

Studenten fordern Weiterbeschäftigung von Andrej Holm

HU-Präsidentin Sabine Kunst begründet Kündigung des Stadtsoziologen mit arglistiger Täuschung / Institut für Sozialwissenschaften besetzt



Proteste der Studierenden während der Pressekonferenz der HU zur Entlassung von Andrej Holm
Foto: dpa/Paul Zinken

Studierende der Humboldt-Universität (HU) haben am Donnerstag offenbar aus Protest gegen die Entlassung von Andrej Holm die Seminarräume des Instituts für Sozialwissenschaften der Berliner Uni besetzt. »Dies ist unsere Antwort auf die politische Entscheidung, Andrej Holm als kritischen Wissenschaftler und Dozenten an unserem Institut zu entlassen«, begründet die Studierendeninitiative »Uni von Unten« in einer Mitteilung ihre Aktion. Mit Andrej Holm verliert das Institut einen der wenigen verbliebenen kritischen Dozierenden an diesem Institut. »Wir nehmen jetzt, wo uns die Universität uns ein kritisches Studium zunehmend unmöglich macht, im Rahmen der Besetzung unsere Bildung selbst in die Hand«, heißt es weiter.

Schon vor der Besetzung war die Stimmung wegen der Entlassung Holms angespannt. Bis Sabine Kunst ihre Begründung vorbringen konnte, dauerte es. Sobald die HU-Präsidentin das Wort »kündigen« aussprach, wurde sie lautstark von Studierenden unterbrochen. Rund 40 Kommilitonen waren am Mittwochnachmittag zur Pressekonferenz erschienen, um zu hören, wie die Entscheidung der Hochschule zur Personalie Andrej Holm ausfällt. Holm, seit 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter der HU, hatte nach wochenlangen öffentlichen Diskussionen um seine mögliche hauptamtliche Tätigkeit beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR am Montag seinen Rücktritt als Wohn-Staatssekretär bekanntgegeben.

»Ich habe heute entschieden, das Arbeitsverhältnis mit Herrn Dr. Holm ordentlich zu kündigen«, sagt HU-Präsidentin Kunst am Mittwochnachmittag. Im Saal wird es laut. Buh-Rufe ertönen, Studierende halten »Holm bleibt«-Schilder hoch. Kunst wartet ab, bis es ruhig geworden ist. Sie setzt erneut an: »Ich möchte das begründen.« Doch die Studierenden wollen sie nicht zu Wort kommen lassen. Über eine mitgebrachte Lautsprecheranlage sagt Susanna Raab, Studentin der Sozialwissenschaften: »Wir haben Ihnen gestern 350 Unterschriften für Herrn Holm übergeben. Sie haben gesagt, dass sie diese bei Ihrer Entscheidung berücksichtigen würden. Das haben Sie offensichtlich nicht getan!« HU-Sprecher Hans-Christoph Keller greift ein: »Darf ich Sie bitte kurz unterbrechen?« fragt er höflich, als habe nicht er zur Pressekonferenz geladen, sondern die Studierenden.

Nach einem kurzen Wortwechsel fährt Kunst fort. »Ich bedauere die Entscheidung sehr.« Holms Lehrveranstaltungen seien bei den Studierenden geschätzt, bei den Kollegen aller Fakultäten genieße er Anerkennung. Nicht nur Studierende – deren Petition sehr wohl in ihre Entscheidung mit eingeflossen sei –, sondern auch andere Gruppen von Wissenschaftlern hätten sich hinter Holm gestellt. Die HU verliere mit ihm einen Wissenschaftler mit großer Reputation. Deshalb habe die HU zunächst versucht, das Arbeitsverhältnis einvernehmlich aufzulösen. Das habe Holm aber abgelehnt.

Wieder Protest seitens der Studierenden. »Sie haben die Entscheidung nur getroffen, weil Sie in derselben Partei sind wie der Regierende Bürgermeister!« ruft einer. Kunst widerspricht. »Ich bin Präsidentin der Humboldt-Universität und habe nur in dieser Funktion entschieden.« Mit folgender Begründung: »Die Kündigung beruht nicht auf der Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit, sondern weil Herr Dr. Holm die HU hinsichtlich seiner Biografie getäuscht hat.« Er habe seine Tätigkeit für das MfS bei seiner Einstellung im Personalfragebogen nicht offengelegt. Erst im Dezember 2016 habe er seinen Lebenslauf gegenüber der HU korrigiert und angegeben, dass er Offizierschüler des MfS war. Anschließend habe die HU Auskunft beim Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen erbeten. Demnach war Holm nie Mitglied des Wachregiments »Feliks Dzierzynski«, wie er immer betont hatte. Kunst bezichtigte Holm daher der »arglistigen Täuschung«. Mit den Falschangaben, aber auch weil er sich nicht von diesen distanzieren, sei das »Vertrauensverhältnis nachhaltig gestört«. Das Arbeitsverhältnis mit Holm ende zum 30. Juni. Holm kündigte auf seiner Homepage an, gegen die Kündigung zu klagen.

Den besagten Personalfragebogen der HU gibt es seit 1991. »Wir sind uns darüber im Klaren, dass der Fragebogen in der Zukunft kritisch zu beleuchten ist«, sagte Kunst.

LINKE muss für Holm sorgen

Martin Kröger über die zweite Entlassung Andrej Holms

Schlimmer hätte es für Andrej Holm nicht kommen können. Statt als Wohn-Staatssekretär die mietenpolitische Wende mitzugestalten, wurde er nach seiner mehr oder weniger autonomen Rückzugsentscheidung aus dem Senat entlassen. Da er lediglich Beamter auf Probe war, erhält der Stadtsoziologe und Familienvater kein Übergangsgeld.

Und jetzt auch noch der Verlust der Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität. Wegen falscher Angaben in einem Fragebogen 2005 und Täuschung, wie es heißt. Auf dem Fragebogen hatte Holm seine hauptamtliche Tätigkeit als Offizierschüler beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS) verschwiegen. Ob die Begründung der Universitätsleitung für die Kündigung trägt, werden Arbeitsgerichte entscheiden.

Doch wie auch immer dieses Verfahren ausgeht, steht die LINKE jetzt in der Pflicht, Holm beispielsweise als Berater anzustellen. Schließlich hätte sich das Leben des Familienvaters ohne die drängende Anfrage der LINKEN wohl kaum so zum Schlechten verändert.

Man kann und muss kritisieren, wie Holm mit seiner Stasi-Vergangenheit umgeht. Fest steht aber auch, dass die LINKE von Anfang an in der Causa Holm Fehler gemacht hat. Denn die Partei ignorierte etwa die eigenen Parteibeschlüsse aus PDS-Zeiten, wonach ein offener Umgang mit der eigenen Biografie Voraussetzung für die Übernahme eines Amtes ist. Nun ist Holm parteilos, aber für einen, der auf Parteiticket unterwegs ist, müssen dieselben Vorgaben gelten. Die Partei hätte also im Vorfeld alle Informationen einholen und Holm auch auf die vorhersehbare Debatte vorbereiten müssen - beides unterlassen zu haben, hat sie sich selber zuzuschreiben. Dass die LINKE dafür jetzt geradestehen will, ist eine gute Botschaft.

18.01.2017

Holm will gegen Kündigung der HU Berlin klagen

Falsche Angaben zu seiner MfS-Vergangenheit könnten den Soziologen auch die Anstellung an der Berliner Hochschule kosten

Berlin. Der Stadtsoziologe und Ex-Baustaatssekretär Andrej Holm (parteilos) will sich gegen eine Kündigung der Humboldt-Universität Berlin zur Wehr setzen. [Auf seiner Homepage](#) kündigte Holm an, Klage beim Arbeitsgericht Berlin erheben zu wollen, sobald ihm das Schreiben über seine Entlassung vorliege. »Ziel der Klage wird sein



Foto: dpa/Jörg Carstensen



Andrej Holm Foto: dpa/Jörg Carstensen

festzustellen, dass die Kündigung rechtswidrig und damit unwirksam ist«, so Holm.

Wie die HU-Präsidentin Sabine Kunst am Mittwoch in Berlin bekanntgab, soll das Arbeitsverhältnis mit dem 46-Jährigen ordentlich gekündigt werden. Diese Entscheidung sei dem Personalrat mitgeteilt worden.

Nach Kritik an seinem Umgang mit seiner Vergangenheit beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR hatte Holm am Montag den Rücktritt als Bau-Staatssekretär erklärt. Am Dienstag war er vom rot-rot-grünen Berliner Senat offiziell entlassen worden.

Erst vor rund fünf Wochen war Holm von Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) als Staatssekretär berufen worden. Kurz danach wurde bekannt, dass der bekannte Genetifizierungskritiker 2005 in einem Personalbogen der HU seine hauptamtliche MfS-Mitarbeit verschwiegen hatte. Ihm sei nicht klar gewesen, dass seine Tätigkeit für den Geheimdienst zur Wendezeit als hauptamtliche Mitarbeit galt, erklärte Holm. *Agenturen/nd*

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1038927.es-wird-zurueck-getreten.html>

Von Lisa Vollmer

18.01.2017

Es wird zurück getreten!

Für Lisa Vollmer bedeutet der erzwungene Abgang des Berliner Staatssekretärs Holm nicht das Ende der Mietenbewegung



Foto: dpa/Jörg Carstensen

Andrej Holm wurde zurückgetreten. Aufmerksamen Beobachtern ist dabei nicht entgangen, warum er gehen musste. Ein Interesse an einer wirklichen Diskussion und Aufarbeitung von Stasivergangenheit, deutsch-deutscher Geschichte und gesellschaftlichem Umgang mit Ostbiografien bestand offensichtlich nicht. Vielmehr zeigte die mediale Debatte, worum es eigentlich ging: einen linken Politiker und seine Ideen einer nicht an Verwertung orientierten Wohnungspolitik zu verhindern.

Das zeigte sich schon daran, wie von Vorwurf zu Vorwurf gesprungen wurde, sobald einer entkräftet schien. Am Anfang war es noch die eigentliche Anstellung beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS), die zur Untauglichkeitserklärung herangezogen wurde. Nachdem klar wurde, dass dieses Argument bei einem 18-Jährigen nicht funktionieren kann, musste die angebliche Lüge im Einstellungsfragebogen der Humboldt-Universität herhalten, um Holms falsche Gesinnung zu bestätigen. Diese ohnehin entpolitisierte arbeitsrechtliche Entscheidung wollte man, anders als zugesagt, am Ende auch nicht mehr abwarten. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller forderte dann ohne vorherige Absprache öffentlich Holms Rücktritt. Von der Berliner SPD ist man derartiges Durchregieren gewöhnt. Dass Grüne und LINKE hier einknicken, lässt nichts

Die Autorin



Bild: Tobias Adam

Lisa Vollmer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar

Gutes für die rot-rot-grüne Koalition erwarten. Die Linkspartei selbst hat das Versprechen auf eine Neuausrichtung der Berliner Wohnungspolitik mit der Personalie Andrej Holm verbunden. Dieses Versprechen hat nun deutlich an Glaubwürdigkeit verloren.

Der Rücktritt Holms war keineswegs unvermeidlich. Der rot-rot-grüne Senat hat von den Berliner_innen das Mandat erhalten, für eine andere Wohnungspolitik zu sorgen. Zu sorgen scheint die SPD sich aber vor allem, wie eine nicht profitorientierte Wohnungspolitik bei Investoren ankommen könnte. SPD und Grüne hätten sich von Anfang an hinter Holm und seine politischen Forderungen stellen müssen, wenn sie es mit den mietenpolitischen Positionen in der Koalitionsvereinbarung ernst gemeint hätten.

Auch die Linkspartei reagierte defensiv auf immer neue Vorwürfe, anstatt offensiv ihre neue Wohnungspolitik zu verteidigen und mit einem differenzierten Umgang mit Holms MfS-Tätigkeit Kritikern der Partei zu begegnen. Letztlich ließ sie Holm keine Wahl als zurückzutreten, wenn er nicht die alleinige Verantwortung für ein Platzen der Koalition auf sich nehmen wollte. Politisch verantwortungsvolles Handeln sieht anders aus. Wenn man schon vor dem Druck der Koalitionäre einknickt, wie stellt man sich dann Verhandlungen mit der Immobilienwirtschaft vor?

Aus Sicht vieler stadtpolitischer Initiativen bestätigt sich, was ohnehin klar war: Ohne Druck von unten läuft in der Berliner Wohnungspolitik für Geringverdiener_innen und Marginalisierte überhaupt nichts. Auch mit Holm wäre dieser Druck weiter nötig gewesen, wie er selbst betont hat.

Die mietenpolitische Bewegung hat sich schon immer als außerparlamentarisch verstanden. Schließlich hatte man ausreichend Erfahrungen mit allen möglichen Regierungskoalitionen gemacht - nicht zuletzt auch mit der letzten rot-roten, die die Privatisierung zehntausender städtischer Wohnungen zu verantworten hat. Dennoch hatte sich mit Holm die Chance verbunden, wichtige Forderungen der Bewegung würden nun an prominenter Stelle innerhalb der Regierung vertreten. Nicht zuletzt war der Stadtsoziologe immer ein aktiver Unterstützer der mietenpolitischen Bewegung. Vor allem hatte man die Hoffnung auf eine bessere Kommunikation zwischen der Senatsverwaltung und den Initiativen durch einen Verbündeten in der Verwaltung.

Bewegungsforderungen sind in der Vergangenheit - zum Beispiel in Form von Volksentscheiden - immer gegen den Willen der Regierenden und unter deren massiven Angriffen durchgesetzt worden. Nun schien einer »aus der Bewegung« für einen produktiveren Austausch sorgen zu können - ohne dass die Initiativen die außerparlamentarische Opposition hätten verlassen müssen.

Alle drei Regierungsparteien haben mit dem erzwungenen Rücktritt Holms gezeigt, dass sie wenig Wert auf eine bessere Kommunikation legen. Das ist eine verpasste Chance, aber für die Bewegung kein Beinbruch. Alle, die weiterhin eine renditeorientierte Stadtpolitik betreiben wollen, können sich darauf einstellen - es wird zurück getreten!